

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Margenausgabe angeführt.
Redaktion: SW. 68, Cadenbrotze 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Dönhoffstr. 3-5 Uhr
Verleger: Dorneds-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cadenbrotze 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sowjetstern und Hakenkreuz. Kommunistisches Werben um völkische Offiziere.

Kommunisten und Deutschvölkische sind jetzt offiziell im Bunde. Lange genug haben sie sich damit begnügt, sich gegenseitig heimlich die Bälle zuzuworfen: die Kommunisten rüsteten nicht etwa zum Bürgerkrieg, sondern lediglich zur Abwehr des Faschismus. Und die Nationalsozialisten bewaffneten sich nicht etwa zur Ausübung ihrer Gemaltherrschaft, sondern lediglich zur Abwehr der kommunistischen Diktatur. Aber das Spiel wurde ihnen auf die Dauer langweilig: jetzt ist das Bündnis gegen die demokratische Republik zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten offiziell geschlossen.

Mit Karl Radeks Schlageter-Rede fing es an.

Sie war keine Entgleisung, sondern die erste Enthüllung der neuen Parole. Seitdem haüt die „Rote Fahne“ täglich in dieselbe Kerbe. Man kann aus jeder beliebigen Nummer solche Sätze greifen wie: „Die Hoffnungen auf England sind zusammengebrochen. Die Sozialdemokratie wünscht die Kapitulation. Von welcher Seite erhoffen die ehrlich nationalgesinnten Kreise Deutschlands die Rettung der nationalen Ehre?“ In öffentlichen Volkssammlungen verbrüdernd man sich ungeniert. In Jena begeht Arthur Dinter die „Sünde wider das Blut“, daß er bei Rax und Rost Wolffstein die Retter Deutschlands sucht. In Stuttgart läßt sich Herr Kemmle von den Nationalsozialisten beschleichen, er habe geredet „wie einer der Infernen“. Und der Graf Reventlow arbeitet an der „Roten Fahne“ mit.

Das Geheimnis der Schwertung der Kommunisten, die gestern die allein ehrlichen Internationalisten waren und heute mit den Völkischen um die Weiße Nationalisten sein wollen, läßt sich leicht enthüllen. Es ist enthalten in dem nachstehenden Arbeitsplan für die Gewinnung von Offizieren, den uns ein günstiger Wind aus der kommunistischen Zentrale zugeweht hat:

Plan der Arbeit.

- A. Anknüpfung direkter Verbindungen.
- B. Propaganda in Wort und Schrift.

Zu A vorläufig versuchen, mit einigen höheren Offizieren, die durch ihre nationalsozialistische Gesinnung bekannt sind, jedoch nicht zu faschistischen Organisationen gehören, in unmittelbarer Verbindung zu kommen, also mit Männern in der Art Cello-Borbeck, der neuerlich eine Beteiligung an Kommunistenbekämpfung („Innere Front“) wegen der nationalen Einstellung der SPD, abgelehnt hat. Verbindung ist zu erreichen, nicht durch direkte Einladungen seitens der Partei, sondern durch Vorschicken von Personen, die nicht unmittelbar in der Parteidiskussion stehen und möglichst selbst militärischen Rang haben. Wenn die Verbindungen erreicht und Besprechungen ermöglicht, mit den Seiten

nicht als offizielle Vertreter der Partei,

sondern als der Partei nahestehende private, aber interessierte Personen verhandeln. Größte Vorsicht und genaueste Auskunft über die Besprechungspartner. Inhalt der Verhandlung Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer gemeinsamen politischen, dann eventuell auch praktischen Plattform. Dabei von unserer Seite die aus parteitheoretischen Einstellungen kommenden Differenzpunkte möglichst umgehen, beiderseitig annehmbare Punkte möglichst betonen: Kampf gegen Poincaré und gegen die Witte in Deutschland! Der Ton bei den Besprechungen höchst höflich (mit Exzellenz anreden usw.) und bewundernd. Keine Marxlyrik einschleichen. Ueberhaupt möglichst wenig parteiprogrammatisch auftreten, desto mehr persönliche Kompromisse, jedoch nicht einschmelzen, vollkommen unabhängig und kritisch bleiben. Bei den Besprechungen wiederum die Wortführerschaft unsererseits möglichst vorgeschobenen Personen mit militärischem Rang überlassen.

Von der Gegenseite

vollkommene Diskretion verlangen.

Ebenso von unserer Seite. Die Frage ist nicht in Zentralisierungen zu erörtern, soll überhaupt nur einigen, wenn nicht bloß einer Person bekannt sein. Desto notwendiger vollkommene Harmonie zwischen direkten Verhandlungen und offizieller Parteidiskussion. Bei Notwendigkeit Aufsätze und Artikel in der Presse, jedoch kein Wort darin über stattgefundenen Anknüpfung oder Notwendigkeit einer solchen.

Zu B: Indirekte Anknüpfung durch Propaganda. Bezieht weniger wichtige Personen als vielmehr Bearbeitung der ganzen Offiziersmasse. Mittel der schriftlichen Bearbeitung: spezielle Flugblätter, vielleicht eine kleine Broschüre, Zeitungsartikel und Notizen, „gesamte Einstellung der Partei. Mittel der mündlichen Propaganda: spezielle Versammlungen, ferner Propaganda durch gewonnene Offiziere in Militärkreisen, keineswegs nur Reichswehr und Eipo-Offiziere, sondern vor allem frühere Armeesoffiziere im Arbeitsradius ein-

beziehen. Allgemeine Methode und Richtung der Propaganda dieselbe wie bei A. In keinem Zusammenhang zu bringen mit der bereits geschienenen Propaganda unter Soldaten, die ganz andere Zwecke und Inhalt hat. Spezieller Zweck bei B: allgemeine Bearbeitung der Offiziersmasse, organisierte Erzeugung einer günstigen Stimmung, wodurch 1. auf die höheren Personen, mit denen direkt von uns verhandelt wird, ein Druck von der niederen Masse ausgeübt wird; 2. womöglich bereits bestehende militärische Organisationen ohne ausgesprochen faschistischen, aber mit nationalem antifranzösischen Charakter, wie

Organisation für aktive Sabotage im Ruhrrevier

gewonnen werden. Andererseits wird durch diese Arbeit die Möglichkeit gemindert, daß nach Eroberung der Macht durch unsere Partei wir ohne militärischen Fachapparat bleiben, wohl aber die gesamte Offiziersmasse zur bayerischen oder anderen Verbände abwandert, überhaupt gegen uns ist.

In diesem Zusammenhang neben der politischen alle Mittel der persönlichen Einwirkung anzuwenden, so hohe militärische Posten und Ehren für: später versprechen, überhaupt

auf Ehrgeiz spekulieren,

jedoch nur nicht plump.

Ziel der Sache. Minimum: Die Beteiligung einer großen Anzahl rein national eingestellter Militärpersonen und Organisationen im kommenden Bürgerkrieg auf faschistischer Seite zu verhindern. Maximum: Diese Personen und Organisationen im Bürgerkrieg für uns auszunutzen, auch später bei der Verteidigung der eroberten Staatsmacht. Wenn nicht mehr nötig — abschließen! Entweder ganz, was wohl nicht notwendig sein wird, vielmehr zum Teil, nämlich auf militärische Fachposten, von uns streng kontrolliert nach russischen Erfahrungen. Gefahr, daß es umgekehrt kommt, daß wir abgeschoben werden, ist ganz minimal, da die obere politische Leitung, die Initiative sowie vor allem das gesamte Material, nämlich die militärisch organisierte Arbeiterschaft in jedem Falle die ganze Zeit bei uns bleiben. Anderenfalls, wenn diese Bedingungen nicht verwirklicht werden können, die ganze Sache einstellen.

Der Man bedarf keines Kommentars. Die Kommunisten wollen durch nationalsozialistische Verkleidung und Einfühlung die Offizierskreise für den Bürgerkrieg neutralisieren oder womöglich für sich gewinnen. Begründung und zugleich Propaganda dieser neuen Idee finden wir auch in einem Aufsatzentwurf „Wir und der deutsche Offiziersstand“, der aus den gleichen Kreisen herrührt, die mit der Durchführung des Arbeitsplans betraut waren. Er geht davon aus, daß der unüberbrückbare Gegensatz zwischen dem preussischen Vorkriegsstand und dem Kommunismus eine Mission sein. Der Offiziersstand an sich sei kein Klassengegner des Proletariats. Wie vielen Offizieren ginge es heute schlechter als den Metallarbeitern! Selmer sozialen Lage nach gehöre der Offizier automatisch zum Hand- und Kopfproletariat. Was sie von den Kommunisten trenne, sei nur der Verdacht, daß diese antinational seien. Nichts aber sei falscher als diese Phrase. Schon vor siebzehn Jahren hätten Marx und Engels die Parole der Verteidigung der Nation durch das siegreiche Proletariat geprägt. Das russische Volk sei noch nie so unabhängig und mächtig gegen das Ausland aufgetreten wie heute unter der Sowjetregierung. Jeder zaristische General werde den deutschen Offizieren bestätigen, daß die Kommunisten die russische Nation frei und

unabhängig erhalten haben. Die Sowjetregierung habe kein Versailles unterzeichnet, keine Armee entworfen, kein Ruhrgebiet widerstandslos besetzen lassen, wie das die verschiedenen kapitalistischen Regierungen Deutschlands zugelassen hätten. Deshalb seien die

Kommunisten durch und durch national.

während das Kapital, von dem die Offiziere sich bisher haben mißbrauchen lassen, nicht national sei. Der Faschismus arbeite für den amerikanischen Kapitalisten Henry Ford, den deutschen Kapitalisten Hugo Stinnes und — für Poincaré, wie die Herren Fuchs und Wachaus gezeigt hätten. Die deutschen Kommunisten aber seien genau so national wie die russischen Kommunisten. Sie hätten den Versailles Vertrag nicht unterzeichnet und arbeiteten für den

nationalen Befreiungskrieg gegen Frankreich

Schulter an Schulter mit Rußland. „Für diesen Kampf braucht die revolutionäre Arbeiterschaft deutsche Offiziere, die mehr als einmal ihre militärische Tüchtigkeit der Welt bewiesen haben“. Cuno sei kein reeller Feind Frankreichs. Wenn einmal ein Pflaume vom römischen Papst ihn besuche, kippe er um. Cuno könne Deutschland nicht bewaffnen, Cuno bringe nicht das russische Bündnis. „Nur wir — und mit eurer Mitarbeit — können die Bewaffnung des Volkes durchführen.“

„Nur wir können Poincaré schlagen.“

Das ganze klingt wie ein Märchen aus dem Tollhaus und ist doch schließlich nicht verrückter als die vorletzte Parole der Kommunisten, die Arbeiter- und Bauernregierung, die alle Lebensmittel beschlagnahmen wird. Heute mag das ganze neckische Spiel ernsthaften Männern als kindische Spielerei erscheinen; morgen kann es blütiger Ernst sein. Wir wissen nicht, wozu in den nächsten Monaten bittere außenpolitische Notwendigkeit die deutsche Republik noch zwingen kann. Dann können unter der nationalsozialistischen Flagge Hakenkreuzler und Sowjetsterner gemeinsam gegen die Republik putzen, beide in der Hoffnung, den Partner nach errungenem Siege „abzuschleppen“. Auf diesen Putschtag rüsten Deutschvölkische und Kommunisten.

Und das saubere München ist nicht einmal neu. Genau so haben die beiden

in den Monaten vor dem Rapp-Putsch

geteilt. Und als Rapp und Lüttich in Berlin einjagen, erschien das leider viel zu rasch vergessene Flugblatt der Kommunistischen Zentrale: „Arbeiter und Genossen, bleibt in den Fabriken, beteiligt euch nicht am Generalstreik; es lohnt nicht für die Republik der Ebert und Noske, der Bauer und Scheidemann. Laßt Rapp und Lüttich regieren! Je schärfer die Militärdiktatur, desto näher die soziale Revolution.“

Damals haben die deutschen Arbeiter den Schwindler durchschaut und Rapp-Lüttich samt Radek zum Teufel geschickt. Jetzt soll das Spiel noch einmal geschickter versucht werden.

„Exzellenz anreden“.

Nach dem „Arbeitsplan“ ist augenscheinlich schon längere Zeit gearbeitet worden. In der „Bereinigung internationaler Verlagsanstalten“, einer kommunistischen Verlagszentrale, ist dieser Tage unter dem knalligen Titel „Schlageter“ eine Broschüre erschienen, die die Auseinandersetzungen zwischen Radek — Frölich mit dem Grafen Reventlow und dem ebenso völkischen Müller von den Reichswart zusammenstellt. Der Aufsatz Reventlows aus dem „Reichswart“ vom 30. Juni d. J. leuchtet hinter die Kulissen. Er verifiziert schon damals:

„Außerdem dürften überall unter der Hand Werbungen im Gange sein, um völkische Elemente im Radekschen Sinne zu gewinnen. Es handelt sich nicht um eine bedeutungslose Rede, sondern um einen politischen Plan, der Beachtung verdient. Dem Verfasser, ihn zu verwirklichen, werden wir bald genug überall begegnen, wo völkische Deutsche arbeiten.“

Auf diesen Artikel Reventlows hat Paul Frölich geantwortet, und zwar ganz im Sinne des „Arbeitsplanes“ und nach der Regel „Exzellenz anreden“. Nicht weniger als ein halbes Duzend mal finden wir die Anrede „Herr Graf“ und „Graf Reventlow“ in diesem „Klassenkampf“-artikel. Und die Höflichkeit der Form wird unterstrichen durch die Versicherung: „Wer ohne Kantine ein Stück Wegs mit uns marschieren kann, der wird uns bereit finden.“

Dollar 6,5 Millionen.

Verbrecherisches Treiben der Spekulanten.

Die Katastrophenhaufe am Devisenmarkt dauert an. Die Situation verwickelt sich von Tag zu Tag mehr. Man ist sich über die neuen Währungspläne der Regierung bis jetzt vollständig im unklaren. Im Devisenverkehr ändern sich die Kurse von Minute zu Minute. Der Kurs für den Dollar letzte mit 4 Millionen ein. Gegen Mittag hörte man einen Kurs von 6 bis 6 1/2 Millionen. Die Festsetzung der amtlichen Kurse jagerte sich etwas hinaus. Um 1 Uhr war das Pfund mit 22 Millionen bei einer Prozentigen Zuteilung festgesetzt. Holland bei Prozentiger Zuteilung 1 900 000. Im freien Handel hörte man jedoch für das Pfund bereits einen Kurs bis zu 30 Millionen. Der Effektenmarkt paßt sich der Aufwärtsbewegung nicht vollständig an, doch waren immerhin sehr beträchtliche Kurssteigerungen auf fast allen Gebieten zu verzeichnen. Charakteristisch ist, daß so gut wie gar kein Material auf den Markt kommt. Die Mehrzahl der Kurse ist gestiegen.

Die neuen Steuergesetze.

Die politische Debatte, die heute im Reichstag durch eine Rede des Reichsfinanzministers eingeleitet wird, knüpft an die Steuervorlagen an, die von der Regierung vorgelegt worden sind. Damit ist bereits äußerlich erkennbar, daß die ungeheure Zerrüttung unseres gesamten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens jetzt auch von der Reichsregierung als die Folge der von der Sozialdemokratie seit Jahren auf das heftigste bekämpften Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien angesehen wird. Jetzt, angesichts der Katastrophe, will mit einemmal niemand mehr schuld daran sein, daß die Steuern seit Jahren in entwerteter Mark und sehr verspätet gezahlt werden, daß zu Beginn des Ruhrkrieges trotz stark gesteigener Ausgaben die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer abgebaut worden sind, und daß jeder sozialdemokratische Versuch, den Ruhrkrieg durch Steuern zu finanzieren, den heftigsten Widerstand fand.

Das macht es notwendig, daran zu erinnern, daß für den Abbau der Besitzsteuern bei Beratung des fälschlich Geldwertwertgesetz genannten Steuerwertwertgesetzes alle bürgerlichen Parteien verantwortlich sind. Alle vertraten damals die Meinung, der Ruhrkrieg erfordere keine besonderen finanziellen Anstrengungen. Es sei möglich, ihn durch die Notenpresse zu finanzieren. Erst bei festen und gesicherten außenpolitischen Verhältnissen könnten wir positive Steuergesetzgebung betreiben. Solange wir keinen festen Boden unter den Füßen hätten, bestände die dringendste Aufgabe in der Erhaltung der Substanz der Wirtschaft. Was aus den Staatsfinanzen werde, sei eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Unter dem Beifall aller bürgerlichen Parteien lobte damals heftig gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer „kapitalzerstörenden“ Steuerpolitik. Und das, obwohl die Sozialdemokratie nichts anderes wollte, als eine gerechte Belastung des Besitzes zum Schutze der Reichsfinanzen und der Währung vor weiterem Verfall. Heute gibt es kaum einen verständigen und verantwortungsbewußten Menschen, der nicht bedauert, daß damals Kurzsichtigkeit und Egoismus einen traurigen Sieg davontrugen über die Steuernotwendigkeiten und das Staatsinteresse. Der gegen die Reichsfinanzen gerichtete Schlag richtete die Stützsäule für die Mark zugrunde und besiegelte so den tiefen Niedergang der Wirtschaft. Wenn irgendwo, so hat hier das Wort Berechtigung: Was man von der Minute ausgeht, gibt keine Ewigkeit zurück.

So stehen wir gegenwärtig vor einer ungeheuren schweren Aufgabe. Was zu Beginn der Ruhraktion verhältnismäßig leicht durchzuführen gewesen wäre, ist jetzt ungenügend schwer. Was damals den Zusammenbruch der Reichsfinanzen und der Mark verhindert hätte und außenpolitisch den Anstoß zur Wendung hätte bringen können, kann heute bestenfalls den Markverfall aufhalten und wird außenpolitisch erst in Monaten günstige Wirkungen äußern können. Trotzdem ist es auch jetzt noch nicht zu spät. Noch kann der unaufhaltbare Sturz in den Abgrund vermieden werden. Aber das erfordert eiferne Energie, rücksichtsloses Handeln und größte Kraftanstrengung. Wird die Regierung diese Eigenschaften aufbringen, werden vor allem die bürgerlichen Parteien den Mut zeigen, denen, die des Steuerzahlers entzöhnt worden sind, klarzumachen, daß nun das in Jahren Versäumte in Tagen nachgeholt werden muß?

Das zu erreichende Ziel ist klar: die Notenpresse muß stillgelegt werden. Ohne das gibt es keine Rettung, ja nicht einmal Milderung. Unzulänglichkeit ist daher von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Was zur Stilllegung der Notenpresse erforderlich ist, das zeigen folgende Zahlen: Am 31. Dezember betrug die schwebende Schuld des Reiches 1,8 Billionen, am 31. Januar 2,7, am 28. Februar 4,6, am 31. März 8,3, am 30. April 10,1, am 31. Mai 12,9, am 30. Juni 24,9 und am 31. Juli 60,8. Also: in keinem Monat ist die schwebende Schuld so schnell gestiegen wie im Juli. Hier beträgt die Steigerung des Zweieinhalbfachen. Würde im August die Steigerung der schwebenden Schuld des

Reiches nur in demselben Tempo fortgehen, dann würden wir am 31. August bei einer schwebenden Schuld von 150 Billionen angelangt sein. Die Steigerung wird aber wahrscheinlich größer sein. Denn im Juni stieg der Dollar nur von 75 000 auf 150 000, aber im Juli von 150 000 auf 1 100 000. Der Steigerung um das Doppelte im Juni folgte eine Steigerung um mehr als das Siebenfache. Bei den Reichsfinanzen wirkt sich das immer erst im vollen Umfange in den folgenden Monaten aus. Den gleichbleibenden Papiermarkentnahmen stehen ungeheuer gesteigerte Papiermarkausgaben gegenüber. In der ersten Augustwoche muß also mit einem Defizit gerechnet werden, das von 200 Billionen kaum wesentlich entfernt sein dürfte, und wesentlich darüber hinausgeht, wenn es nicht gelingt, den Dollarstand wesentlich zu senken. Eine Bestätigung finden diese Berechnungen, wenn man statt in Papiermark in Gold umrechnet. Das monatliche Defizit des Reichshaushalts beträgt rund 250 Millionen Goldmark. Das sind bei einem Dollarstande von 4 Millionen rund 250 Billionen Papiermark. Selbst wenn ein Teil dieses Betrages durch die Erhöhung und die Wertbeständigkeit der Tarife von Eisenbahn und Post aufgebracht werden sollen, besteht immer noch die Notwendigkeit, den Rest von rund 200 Billionen durch Steuern und Anleihen aufzubringen. Das ist die Aufgabe, vor der Regierung und Reichstag jetzt stehen. Sie müssen sie lösen, sonst wird der Abgrund uns alle verschlingen und Poincaré die größten Triumphe feiern.

Wie will die Regierung dieses Ziel erreichen? Sie hat dem Reichstage folgende Gesetzentwürfe vorgelegt:

1. Das Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer,
2. das Gesetz über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr,
3. das Steuerzinsgesetz,
4. Abänderung einzelner Verbrauchsteuergesetze.

Das Gesetz zur Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sieht vor, daß die Vorauszahlung am 15. August, für die der Reichstag bei der Einkommensteuer das 25fache beschloffen hatte, auf das 100fache erhöht wird und für die Körperschaftsteuer anstatt des 35fachen auf das 140fache. Nach dem Gesetz über das Ruhr Opfer sollen am 25. August, am 5. Oktober und am 5. Januar 1924 das Doppelte der erhöhten Vorauszahlung für Einkommensteuer und Körperschaftsteuer als Ruhr Opfer gezahlt werden. Außerdem sollen Kraftfahrzeugbesitzer das 50fache der am 1. September geltenden Kraftfahrzeugsteuer entrichten. Der Ertrag dieser Steuer wird geschätzt für das Aufkommen im August bzw. Anfang September: bei der Einkommensteuer auf 15 Billionen, bei der Körperschaftsteuer auf 9 Billionen und bei der Kraftfahrzeugsteuer auf 5 Billionen, insgesamt also auf 29 Billionen. Nun ist neuerdings geplant, diese Sätze zu verdreifachen, so daß mit einem Gesamteingang von 87 Billionen im August bzw. Anfang September zu rechnen wäre. Wir halten die Schätzung für zu optimistisch. Aber selbst wenn diese Beträge in vollem Umfange eingehen würden, reichen sie nicht aus, um die Ausgaben zu decken und die Notenpresse stillzulegen. Dieses Ziel wird auch nicht erhöht durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern, so der Biersteuer, der Zuckersteuer, der Salzsteuer und der Zündwarensteuer. Auch die beschleunigte Einziehung dieser Steuern sowie die Verschärfung der Zuschläge bei verspäteter Zahlung werden nicht so große Beträge bringen, daß man diese Steuervorlagen der Regierung für ausreichend ansehen kann.

Die Finanzforderungen der Sozialdemokratie gehen über die Vorschläge der Reichsregierung weit hinaus. Die Sozialdemokratie fordert:

1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Brotversorgungsgesetz valorisierten Zwangsanleihe,
2. verdreifachte Erhebung der valorisierten Vorauszahlungen der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer,
3. verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlung auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der

Umsatzsteuerbeträge von 300 000 M. sowie unter Freilassung der Konsumgenossenschaften und des Einzelhandels.

4. Während der Dauer der Ruhraktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer. Abgabe des Gegenwerts eines Doppelzentners Roggen pro Hektar land- oder forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

Außerdem verlangt die Sozialdemokratie Sicherung gegen verspätete Zahlung und sofortige Ablieferung der Lohnsteuer bzw. der Verbrauchsteuern.

Diese Vorschläge der Sozialdemokratie gingen von dem Gedanken aus, unter Benützung der vorhandenen Steuerermäßigungen auf verschiedenen Wegen die Steuerbeträge zu erhöhen, die zur Deckung der Reichsausgaben notwendig sind. Will man, statt auf den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen drei Grundlagen aufzubauen — nämlich der Zwangsanleihe, der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer — nur die eine Grundlage nehmen, die Einkommen- und Körperschaftsteuer, so ist, wenn derselbe Betrag erzielt wird, darüber zu reden. In dieser Beziehung sind die Vorschläge der Regierung brauchbar, sofern es gelingt, den Multiplikator für die Vorauszahlungen so erheblich heraufzusetzen, daß er in vollem Umfange der Geldwertwertung entspricht, und Einkommen- und Körperschaftsteuer damit voll aufgewertet werden. Der große Mangel der Regierungsvorschläge besteht aber vor allem in der Tatsache, daß sie nur an den August denken und keine neuen Steuerquellen eröffnen, die laufend fließen und Sicherheit dafür gewähren, daß nicht nur im August, sondern auch in den folgenden Monaten das Defizit durch Steuern beseitigt wird. Aus diesem Grunde müssen die Vorschläge der Regierung ergänzt werden durch die sozialdemokratischen Forderungen unter Punkt 4. Von allen Unternehmungen in Handel, Industrie und Banken muß ein Mehrfaches der von den Arbeitern dieser Betriebe gezahlten Lohnsteuer während der Dauer der Ruhraktion entrichtet werden. Von der Landwirtschaft, die in den letzten Jahren Steuern in nennenswertem Maße überhaupt nicht zu zahlen brauchte, die eine überaus günstige Ernte hat, muß eine Abgabe in Höhe des Gegenwerts von einem Doppelzentner Roggen pro Hektar verlangt werden. Beide Vorschläge der Sozialdemokratie sind leicht zu verwirklichen und durchaus berechtigt. Sie haben ferner den ungeheuren Vorteil, daß sie laufend fließen, schnell eingehen und so ergiebig gestaltet werden können, daß der ungedeckte Teil des Reichshaushalts dadurch gedeckt wird.

Das ist aber nur möglich auf den vorstehend dargelegten Wegen. Ein Abhandeln von diesen Forderungen kann es nicht geben, weil dadurch das ganze Ziel, die Stilllegung der Notenpresse, gefährdet wird. Die bürgerlichen Fraktionen, die sich diesen Forderungen entgegenstellen wollen, müssen sich klar darüber sein, daß sie nicht nur sehr ernste parlamentarische und innerpolitische Auseinandersetzungen heraufbeschwören, sondern daß sie, wenn sie im gegenwärtigen Augenblick alle Anstrengungen zur Rettung vor der Katastrophe scheitern lassen, die Papiermarkempfänger und Papiermarkbesitzer in eine Katastrophenstimmung hineintreiben und unabsehbare Gefahren heraufbeschwören.

Einschränkung des Personenverkehrs.

Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigsten Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird, wie amtlich mitgeteilt wird, zu Einschränkungen des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Führung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich untersagt. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrsverhältnisse folgen. Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt, und es können lästigere Maßnahmen verhütet werden, wenn sich in der Öffentlichkeit der Gedanke durchringt, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern und Ausfahrten zu unternehmen. Auch Versammlungen zu wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

Goya vor der Inquisition. Aus dem Nachlaß des großen spanischen Malers und Radierers Goya sind kürzlich einige unbekannt gebliebene Skizzen ans Licht gekommen, die den fähigen Schöpfer der „Proverbios“ in einem Konflikt mit der gefürchteten spanischen Inquisition zeigen. Die „Frankf. Ztg.“ teilt daraus mit, daß am 5. November 1814 auf Grund einer geheimen Untersuchung durch das heilige Tribunal die Strafverfolgung Goyas beantragt wurde, und zwar boten den Anlaß zwei der berühmtesten Bilder des Meisters, die besselbete und die unbesselbete Raja, Porträts einer schönen Spanierin, die man unter den höchsten Damen des Madrider Hofes suchte. Diese Bilder werden als „unmoralische und verabscheuenswürdige Werke“ bezeichnet. Tatsächlich aber scheint die Inquisition weniger diese beiden Gemälde im Auge gehabt zu haben, in denen Frauenschönheit mit verführerischer Kraft dargestellt ist; vielmehr wollte man den Satiriker und Revolutionär Goya treffen, dessen große Radierungsfolgen eine stammende Anklage gegen die kirchlichen, politischen und sozialen Verhältnisse seiner Epoche bilden. Am 16. März 1815 erhielt Goya die Vorladung des Inquisitionsgerichtes, persönlich vor dem Tribunal zu erscheinen und zu erklären, ob die Bilder wirklich von ihm stammten, aus welchen Gründen er sie gemalt habe und auf wessen Rechnung er sie angefertigt habe. Der Maler wußte ganz genau, was diese Vorladung bedeutete, nämlich Verhaftung, jahrelange Gefängnisstrafe und vielleicht sogar den Tod. Er zog es daher vor, die Flucht zu ergreifen, und wandte sich nach Bordeaux, wo er die letzten 13 Jahre seines Lebens verbrachte. Die beiden Bilder, deren Beschlagnahme drohte, waren glücklicherweise vorher in Sicherheit gebracht worden, so daß sie heute im Madrider Prado-Museum bewundert werden können.

Die Einstein-Theorie bestätigt. Nach Pariser Rechnungen haben die Ergebnisse der Expeditionen zur Beobachtung der Sonnenfinsternis 1922 Einsteins Lehre von der Ablenkung der Lichtstrahlen durch die Sonne bekräftigt.

Waldamer Kunstkammer. In der Internationalen Ausstellung 1927 in Paris und Glasmanerie in der Drangerie Sanssouci findet jeden Mittwoch und Sonnabendnachmittag um 4 Uhr eine Führung durch Dr. A. Goll statt. Vielen Besuchern wird eine Einführung in die Verfassung des Kaiserreiches, die Technik der Verarbeitung und die künstlerische Verwendung willkommen sein.

Freier Eintritt für deutsche Künstler in italienischen Museen. Der deutsche Konsul in Florenz teilt mit, daß deutsche Künstler in allen italienischen Museen freien Eintritt haben, wenn sie die Mitgliedsbescheinigung ihres wirtschaftlichen Verbandes oder anderer Künstlerverbände vorweisen, in der auch gesagt sein muß, daß der Betreffende in seinem Heimatort als Künstler bekannt ist.

Arztobst v. Jagiński. Der hervorragende Vertreter der slavischen Philologie, ist in Wien im 88. Lebensjahr gestorben. Als Professor an der Wiener Universität und Herausgeber der „Zeitschrift für slavische Philologie“ hat er für die Erforschung der slavischen Sprachen Hervorragendes geleistet und das Werk seines Lehrers Miklošich, des Begründers dieses Gebiets, fortgesetzt.

Die burligen Türken. Die türkische Regierung hat sich auf das Verbot des Weintrinkens besonnen, das der Prophet allen Feinden anhängen soll und ein strenges „trüdenes“ Regime beschließen. Mit dem 1. August sollte dieses türkische Alkoholverbot in Kraft treten. Die Trennung vom Alkohol fällt ihnen aber so schwer, daß sie vorläufig das Verbot noch um einen vollen Monat hinausgeschoben haben.

Die Frauenabteile.

Von Walter Dack, Halle a. S.

Berechtes Fräulein!

Für Ihren ausführlichen und interessanten Reisebrief danke ich Ihnen. Ich stimme Ihnen zu: Wie bist du doch so schön, o du weite, weite Welt!

Nur in einem Stimme ich nicht zu: Ihr feuchtröthlicher Vorwurf an die Männer und damit an mich, wir wüßten die Frauenabteile nicht zu würdigen. Es gibt Ihnen passiert, daß männliche Mitreisende dreimal in das Allerheiligste gedungen sind. Berechteste — drei Männer sind doch nicht alle Männer! Und — bitte, verehrtestes Fräulein — haben Sie wirklich keine größeren Sorgen, als die überholten Frauenabteile zu halten? Sie als Sozialistin! Ich sehe Sie lächeln: dieser dumme Mensch bringt seine sozialistischen Gedanken überall hinein. Doch mit Verlaub: lesen Sie weiter und stecken Sie diesen Brief nicht gleich in Ihr Handtäschchen. Ich muß Ihnen meine Ansicht zu der Frage (sowohl: Frage!) der Frauenabteile mitteilen.

Die Frauenabteile unserer heutigen deutschen Reichseisenbahn verdanken ihr Dasein der damaligen Stellung der Frau im monarchistischen Staate. Die Frau war dem Mann nicht gleichberechtigt. Sie war nicht gerade nur eine „Gebärmachmaschine“, wie im ausgesprochenen Männerstaate, war aber bei weitem nicht das, was sie moralisch-rechtlich hätte sein müssen. Ueberall verhätschelt und verhätschelt, das ganze Geschlecht betitelt, richtete man ihr auch auf der Eisenbahn besondere Abteile ein. Es wurde ihr stets vor Augen geführt: Du bist nur eine Frau!

Mit dem halbabsolutistischen Männer-Deutschland ist es seit 1918 vorbei. Die Frau hat die gesetzliche Möglichkeit, sogar Reichspräsident zu werden. Wir haben die volle Gleichberechtigung der Geschlechter. Ich weiß, daß Sie, gerade Sie, verehrtestes Fräulein, eine glühende Anhängerin dieser These sind. Nun aber auch Hand aufs Herz — was sich früher allgemein als Bepöppelung auswirkte, kann heute ganz gut als Bevorzugung angesehen werden —: Wie kommen Sie dazu, als gleichberechtigter und gleichberechtigter Steuerzahler und Staatsbürger eine Extrawurst in Form der Frauenabteile zu verlangen? Haben Sie schon irgend etwas von Männerabteilen gehört? Kamul! Mit dem Männerstaat ist's aus. Schön. Entwickeln wir uns jetzt zum Weiberrstaat? (In der Geschichte alles schon da gewesen.) Berechteste — so sehr ich Freund der freihellen Frauenbewegung bin, so sehr ich für die Gleichberechtigung eintrete —, aber das mache ich nicht mit. Nein, das mache ich auf keinen Fall mit!

Ich sehe Sie nach Ausflüchten ringen. Sie werden mir antworten: ... und eine hochschwangere Frau? Ach, liebes Fräulein, diese Befegnate hat noch lange keine Gewähr, Abgelegtheit im Frauenabteil zu bekommen — und im übrigen, den Mann möchte

ich leben, der so tolpatschig ist und einer werdenden Mutter nicht den Platz anbietet. Und mit dem Rauchen? Wir haben ja Raucher- und Nichtraucherabteile, die durchaus keine Scheidung nur für uns Männer sind, da bekanntlich (!!) auch die Frauen in zunehmendem Maße dem Nikotin frönen. Und denken Sie weiter an die Eisenbahnrauberfälle. Wollen Sie durch finsternen Hochwald stundenlang allein im Frauenabteil sitzen? Na, also!

Berechtes Fräulein, bleiben wir bei unserem schönen Grundsatze der Gleichheit. Wir kommen damit am weitesten. Die Frauen verzichten auf Extradinge oder Verhätschelungen (wie Sie wollen), und wir Männer machen uns mit ihnen dafür stark, daß den Frauen die Ertragsleistungen erhalten bleiben.

Für Ihre Ferien alles Gute und für die Rückreise den Wunsch, daß Sie meine Gedanken propagieren und die Frauenabteile leerhalten, damit die Eisenbahndirektionen die Ueberflüssigkeit einsehen. Seien Sie herzlich gegrüßt von Ihrem Freunde.

Wenn man sich in ein Bild verliebt. „Dies Bildnis ist zaubernd schön!“ ruft der Prinz in der „Zauberflöte“, als die Liebe sein Herz ergreift, und diese Liebe auf den ersten Blick, wenn er auch nur auf ein Bild fällt, hat sich auch in der Wirklichkeit oft ereignet. Berühmte Kunstwerke erhalten durch solche Beschäftigen einen besondern dämonischen Zauber. Auch in unserer nächsten Gegenwart kommt es noch vor, daß sich jemand in ein Bild verliebt. Zwei solcher Fälle gingen kürzlich durch die amerikanischen Zeitungen. Der erste war die Geschichte eines Mädchens, die nach Amerika fuhr, um dort einen Mann zu heiraten, dessen Bild ihr einen ungeheuren Eindruck gemacht hatte. Sie war aber von dem Original so enttäuscht, daß sie unverzüglich wieder zurückfuhr. Die andere Erzählung berichtet von einem vornehmen Franzosen, der sich sterblich in ein Gemälde verliebte, auf dem eine schöne Blüherin dargestellt war. Er forschte dem Urbild nach und fand, daß es kein freies Bandmädchen, sondern ein Model war. Die Schöne wirkte aber auch in eleganter Toilette so begauernd auf ihn, daß er sie heiratete. „Die Zahl der Männer, die sich täglich in die Photographien von hübschen Frauen in den illustrierten Blättern verlieben, ist Legion“, schreibt Charles McConoy in einer englischen Zeitschrift. „Und ebenso ist es umgekehrt. Jeder Mann und jede Frau hat ein bestimmtes Ideal von Schönheit, es ist jenes gewisse „Glow“, das man nicht näher bestimmen kann, das sich vielleicht in einer besonderen Zeichnung der Frauen, in einer Linie des Mundes usw., ausdrückt. Man verliebt sich natürlich nicht in das Bild, sondern in das Wesen, das man in dem Bilde dargestellt glaubt. Die Photographie ist allerdings eine sehr trügerische Vermittlerin der Liebe. Im Kunstwerk ist das Seelische ausgebrüht, was in der Photographie nur sehr selten gelingt. Mit der Ähnlichkeit ist es ja bei allen Bildern ziemlich schlecht bestellt, und gerade die verschönernde Wirkung der Photographie ruft am häufigsten Liebe hervor und nochher Enttäuschung. Deshalb verliebe man sich ruhig in Bilder, soviel man mag, aber man begnüge sich mit dem idealen Schein und suche nicht die Verwirklichung des Ideals, was in der Liebe besonders schwer ist. . . .“

Die Arbeiten des Reichstags.

Beschlüsse des Aeltestenrats. — Morgen politische Aussprache.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat heute vor der Plenarsitzung beschlossen, nach der heutigen Rede des Finanzministers Dr. Hermes die sämtlichen Steuervorlagen an den Ausschuss zu überweisen, jedoch morgen die politische Aussprache im Anschluß an die Erklärungen des Reichstanzlers, die der Rede des Finanzministers vorangehen werden, stattfinden zu lassen. Die Ausschussberatungen sollen so beschleunigt werden, daß mit der zweiten der Steuervorlagen im Plenum spätestens Anfang nächster Woche begonnen werden kann.

Wieder Verkehrsperre.

Von heute Abend ab auf 8 Tage.

Paris, 8. August. (WZ.) Nach einer Haasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission im Einvernehmen mit dem General Degoutte beschlossen, wegen des Bombenwurfes auf die französischen Jäger in Düsseldorf den Tag- und Nachtverkehr zwischen dem besetzten und dem nicht besetzten Deutschland von der Nacht vom 8. zum 9. August, 12 Uhr mitternachts an, auf acht Tage zu verbieten.

Ludwigshafen, 8. August. (WZ.) Wie das Bürgermeisteramt Ludwigshafen mitteilt, verbietet die Interalliierte Rheinlandkommission wegen des Attentats auf die Besatzungstruppen in Düsseldorf allen Personen deutscher Nationalität den Verkehr bei Tag und Nacht zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet auf die Dauer von acht Tagen. Das Verbot tritt in der Nacht vom 8. auf den 9. August um Mitternacht in Kraft.

Die neue Verkehrsperre, die die französische Besatzung anlässlich des letzten Düsseldorf Vorfalls über das gesamte besetzte Gebiet verhängt, ist eine neue ungeheure Bedrückung der ganzen Bevölkerung. Sie ist um so ungeheurer, als der Täter in diesem Falle sofort verhaftet werden konnte, also die schöne Theorie der Solidarität wegen Nichtaufklärung in diesem Falle ganz hinfällig ist. Auch die Kürze der Vorbereitungszeit — die Sperre soll heute abend in Kraft treten — soll offenbar die Wirkung dieser „friedlichen“ Maßnahme verschärfen. Wenn in Paris und Brüssel gleichzeitig verlautbart wird, daß der passive Widerstand zum Erliegen komme, so merkt man deutlich genug, daß man dieses Erliegen mit allen Mitteln herbeizuführen wünscht. Dazu muß jetzt auch das Düsseldorf Handgranatenattentat herhalten. Die Wirkung dieser brutalen Anebelungsmaßnahme wird freilich eine umgekehrte sein. Sie wird den Abwehrwillen gegen die militärischen Unterdrückungsmethoden stärken.

Weitere Verhaftungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. August. (WZ.) Außer Raabe, der am Samstag in Düsseldorf die Handgranate warf, ist noch sein Vater und sein Bruder verhaftet worden.

Unstimmigkeiten im englischen Kabinett.

London, 8. August. (WZ.) Reuter erfährt, daß die für heute anberaumt gewesene Kabinettsitzung auf morgen, Donnerstag, verschoben werden ist.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ glaubt, daß der neue Aufschub der Veröffentlichung der britischen Noten von den französischen und extrem-konservativen Tories verurteilt worden sei. Es werde klar, daß Baldwin, wenn er sich den Vorteilen zuwenden wolle, der ihm aus der Veröffentlichung der britischen Noten erwachsen würde, von seinen eigenen Verhärterern nicht geliebt werden würde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die Minister sich heute über den nächsten Schritt Großbritanniens in der europäischen Krise besprechen werden, daß aber eine Botschaft des Kabinetts erst morgen oder Freitag abgeholt werden wird. Dies könnte als ein Zeichen für die Zweifel an vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums angesehen werden.

Baldwin und Lord Curzon handelten gewissermaßen richtig, wenn sie den sich zuweilen widersprechenden Ratschlägen Gehör gewährten. Aber es sei Aufgabe des Premierministers und des Staatssekretärs des Aeußern, die gegenwärtige Politik des Landes fest zu bestimmen und darauf zu bestehen, daß sie von ihren Kollegen angenommen werde. Es könne nicht in Frage kommen, daß in der Ruhrangelegenheit der extremen Gruppe der Unentwegten nachgegeben werde, d. h. derjenigen, welche vorhätten, daß Großbritannien sich Belgien und Frankreich bei der Forderung nach bedingungsloser Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland anschließen sollte.

Der Korrespondent führt weiter aus, er höre, daß die Unterredung, die Lord Robert Cecil am Samstag mit dem Präsidenten Millerand hatte, zu keiner Entwicklung im Sinne einer Annäherung zwischen der britischen und der französischen Auffassung geführt habe. Unter diesen Umständen herrsche in den maßgebenden Kreisen der Eindruck, daß die Grenze britischer Zugeständnisse an den französischen Standpunkt jetzt erreicht sei.

Moskaus Protest wegen der Kowowski-Abkündigung. Reuter meldet aus Moskau, das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten habe eine Note an die britische Mission geschickt und dagegen protestiert, daß das Foreign Office sich weigere, Kowowski als Nachfolger Kravins anzuerkennen.

Die Einziehung der Fernspreckgebühren.

Das bisherige Verfahren der Einziehung der Fernspreckgebühren ist in Berlin für die Reichspostverwaltung sehr kostspielig und unhandlich geworden. Es erfordert ein großes Einziehungs- und Verwaltungspersonal. Auch für die Fernspreckteilnehmer ist das jetzige Verfahren un bequem, weil die verschiedenen Gebühren nicht in einer Rechnung zusammengefaßt und gleichzeitig eingezogen werden können; es müssen daher größere Beträge längere Zeit zur Zahlung bereit gehalten werden, weil die Einziehungstage wechseln. Die Einziehung der Fernspreckgebühren soll deshalb geändert werden. Für die Erhebung und Verrechnung ist ein besonderes Fernspreckrechnungsbüro in Berlin O 27, Magazinstr. 8-11, eingerichtet worden. Dem Teilnehmer wird monatlich eine Rechnung über seine Fernspreckgebühren durch die Post gebührenfrei zugestellt. Denjenigen Teilnehmern, bei denen im Laufe eines Monats größere Beträge für Fernspreckdienste anfallen, werden nach besondere Rechnungen zugefertigt, sobald die Gebührensätze eine gewisse Höhe erreicht haben. Es wird den Teilnehmern überlassen, innerhalb einer Frist von acht Tagen die Beträge entweder bar oder durch Bankcheck am Schalter eines beliebigen Postamts des Berliner Bezirks unter Vorlegung der Rechnung einzuzahlen oder auf das Postcheckkonto Nr. 151 000 des Fernspreckrechnungsbüros zu überweisen. Bei der Einzahlung wird auf der Rechnung eine Empfangsbestätigung erteilt. Der Abschnitt für das Fernspreckrechnungsbüro wird von dem Schalterbeamten abgetrennt. Bei Zahlungen im Postcheckwege braucht die Rechnung nicht vorgelegt zu werden, wohl aber müssen unbedingt Anschlußamt, Anschlußnummer und Buchungsnummer auf dem Abschnitt der Zahlungsart oder der Überweisung angegeben sein. Nach Eingang der Zahlung werden den Teilnehmern die Gebührenzeile und sonstigen Rechnungsbelegkostenfrei zugestellt. Anträge auf Gebührenrückzahlung sind schriftlich unter Beifügung von Belegen an das Fernspreckrechnungsbüro zu richten. Um das Einziehungsverfahren zu vereinfachen, mußte die Postverwaltung die bisher auf Antrag des Teilnehmers zulässige Abbuchung der Gebühren im Postcheckwege für das District Berlin aufheben, zumal die den Teilnehmern bei dem neuen Einziehungsverfahren auferlegte Leistung gegenüber den der Postverwaltung durch die Abbuchung entstehenden Schwierigkeiten verschwindend gering ist.

Neue ungeheure Brotpreissteigerungen.

Der Zweckerbund der Bäckermeister Groß-Berlins teilt mit: Die fast hundertprozentige Mehlpreissteigerung macht eine sofortige Erhöhung der Brotpreise notwendig. Es kostet ab Donnerstag, den 9. August, ein Brot 160 000 M., eine Schrippe 7500 M., alle anderen Gebäcksorten werden um 50 Proz. erhöht. Seitens der Bäckermeister wird diese ungeheure Brotpreissteigerung — die vierte in den letzten sieben Tagen — damit begründet, daß die Mehlpreise eine nahezu schwindelnde Höhe erreicht haben. Gestern noch kostete ein Doppelgänger Weizenmehl 17,5 Millionen, heute früh erforderte daselbe Quantum bereits über 20 Millionen. Die Bäckermeister betonen, daß der jetzige Brotpreis den Mehlpreis auch noch nicht entspricht, daß der jetzige Preis von 90 000 M. für ein markenfrees Brot beruht auf einem Mehlpreis von 9,2 Millionen Mark. Die ungeheure Steigerung für Brot und sonstiges Gebäck ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß man im Bäckerei- und im Mählengewerbe jetzt ebenfalls an die Goldmark heranzukommen sucht. Das geht so weit, daß ein großer Teil der Mählen sich bereits weigert, auf anderer Basis zu verkaufen, und damit vielen Beziehern, namentlich den Kleinbäckern, den Einkauf von Brotmehl fast unmöglich macht.

Um das Kind!

Das Ende einer Ehe tragödie in einer Autodrohse.

Eine dunkle Tragödie endete in der vergangenen Nacht in der Doppel-Allee auf offener Straße mit dem Tode eines kleinen Kindes und dem Selbstmordversuch eines Mannes. Abends gegen 10 1/2 Uhr nahmen zwei Herren und eine Dame mit einem kleinen Kinde in der Danziger Straße eine dort haltende Kraftdroschke zu einer Fahrt nach der Vinzstr. 36-37 an. Man fuhr aber nicht der ursprünglichen Richtung entsprechend gleich dorthin, sondern besuchte noch mehrere Schankwirtschaften, während der Chauffeur jedesmal draußen hielt. Um 1 Uhr nachts stieg ein Herr in der Schleimannstraße aus. Das Paar mit dem kleinen Kinde fuhr jetzt weiter. Vor dem Hause Doppel-Allee 76 ließ der Herr plötzlich halten und stieg aus. Nach einem heftigen Streit mit der Dame, die ebenfalls den Wagen verließ, ließ diese davon, nachdem sie den Mann vergeblich gebeten hatte, ihr wenigstens das Kind zu geben. Gleich darauf fiel ein Schuß, und mehrere Personen, die hinzukamen, fanden den Mann und das Kind in ihrem Blute schwimmend vor. Man brachte beide nach der Rettungswache in der Vinzstraße. Hier konnte der Arzt nur noch feststellen, daß das Kind tot war. Ein Herzschuß hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Der Mann war durch einen Schuß in die linke Schläfe schwer verwundet, lebte aber noch. Er wurde bestmüßiglos nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. In den Aktenstücken des Mannes fand man Papiere, die auf einen 26 Jahre alten, aus Berlin gebürtigen Johannes Köhler aus der Vinzstraße 36-37 lauten. Das Kind heißt Hildegard und ist etwa über 1 Jahr alt. Ein anderes Schriftstück deutet auf eine schwebende Ehescheidung hin. Es ist eine Vorladung zu einer Verhandlung Köhler gegen Köhler. Die Frau, die vor der Katastrophe davonlief, ist noch nicht wieder ermittelt. Wahrscheinlich aber ist es die Ehefrau des Köhler.

Die Fopperei mit kleinen Unfallrenten.

In Nr. 365 melden wir, daß ein Geschenkmuß vorbereitet wird, der die Ansprüche auch der Empfänger kleiner Unfallrenten neu regeln soll. Die Aufbesserung der Renten, die infolge der fortschreitenden Wertverminderung nötig geworden war, hat sich bisher nicht auch auf die Unfallrenten unter 33 1/2 Proz. erstreckt. Inzwischen ist bei vielen Unfallrenten das Verhältnis ihres von vornherein nur sorgfältig gewesenen Betrages zu den längst ins Riesengebiet und Ungeheuerliche gesteigerten Lebensunterhaltungskosten so toll geworden, daß auf die Empfänger dieser Renten die Auszahlung solcher Beträge nur noch wie eine alberne Fopperei wirken kann. Was soll man dazu sagen, daß z. B. ein Zimmermann, der früher durch einen Unfall eine Beeinträchtigung der rechten Hand erlitt und seitdem 25 Proz. einer Unfallrente erhält, noch jetzt mit monatlich 6,95 M. (sechs Mark und 95 Pfennig) sich abfinden lassen muß! Vor einigen Wochen schrieb er an die in Frage kommende Berufsgenossenschaft und setzte ihr auseinander, daß unter den jetzigen Geldverhältnissen man doch keinem Menschen mehr den lächerlichen Betrag von 6,95 Mark als Rente zahlen kann. Er schlug vor, ihm nur fünf Pfennig auszugeben; für den Scherz könne er dann ein Vielfaches des ihm zukommenden Rentenbetrages bei jedem Warenaukäufer eintauschen. Den Rest in Höhe von 6,90 M. wollte er gern der Berufsgenossenschaft überlassen, damit sie für gebaute Mühe eine kleine Vergütung erhalte. Die Verwaltungskosten, die ihr aus der dauernden Weiterführung einer solchen Zwergrente entstehen, sind freilich durch die Spende von 6,90 M. noch lange nicht abgegolten. Die dürfen jetzt wohl das Lausendfache und mehr betragen. Auf den Brief des Zimmermanns antwortete die Berufsgenossenschaft, bei nur 10 Proz. Rente sei nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Zulage möglich. Er könne sich mit einer entsprechenden Summe

abfinden lassen, wodurch die Rentenabholung, die Quittungstemplung, die damit verbundenen Wege, usw. erspart würden. Der Abfindungsbetrag stellt sich für ihn auf ganze 600 M. (sechshundert Mark), wofür man heute gerade noch eine Semmel kaufen kann. Die Berufsgenossenschaft äußerte sich nicht zu dem Vorschlag, dem Rentenempfänger nur einen eisernen Scherz zu schicken. Aber sie hatte die Freundlichkeit, ihrem Abfindungsvorschlag den Hinweis anzuhängen, daß der Rentenempfänger nach der Abfindung auch dann keinen Anspruch an die Berufsgenossenschaft mehr habe, wenn die Unfallfolgen sich verschlimmern sollten. Wir empfehlen auch anderen Empfängern kleiner und kleinster Unfallrenten, diesen Hinweis zu beachten und sich es sehr zu überlegen, ob sie sich abfinden lassen wollen.

Eintagestreik des Einzelhandels.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Berlin W 8, bittet zur „Aufklärung des Publikums“ um Veröffentlichung folgender Aufschrift:

„Der Schluß der Berliner Einzelhandelsgeschäfte für den Verkauf am Donnerstag, den 9. August, soll naturgemäß keine Bezeichnung der Interessen der Verbraucher herbeiführen. Der Lebensmittelhandel ist aus diesem Grunde z. B. ausdrücklich freigegeben. Das gemeinsame Vorgehen soll vielmehr die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierung auf die täglich wachsende große Not des Einzelhandels lenken, der auf der einen Seite seinen Lieferanten gegenüber alle Verpflichtungen nur noch auf Grundlage fremder Währungen erfüllen muß, auf der anderen durch die kleinliche Anwendung mißverständlicher Bucher- und Preisbilderverordnungen und Devisenvorschriften gehindert ist, seine letzten Betriebsmittel zur Fortführung des Geschäftes zu erhalten. Diese Sicherung liegt aber gerade im Interesse der Verbraucher, ohne die die Versorgung mit allen notwendigen Bedarfsartikeln für die nächste Zeit auf das höchste gefährdet ist.“

Was hier so vorläufig mit „Schluß für den Verkauf“ und „gemeinsames Vorgehen“ umschrieben wird, kann mit dem gut bekannten Worte Streik bezeichnet werden. Und dieser Streik ist vollkommen überflüssig. Doch der Einzelhandel zurzeit infolge der rasenden Geldentwertung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, weiß man. Die Einzelhändler haben in all den Jahren mit am härtesten in das große Horn vom „freien Handel“ geblasen, haben in ihrer Presse am lautesten gegen die Sozialdemokratie und Gemeinwirtschaft gegen Genossenschaften und Kommunalwirtschaft geschimpft. Heute liegen sie unter ihrem eigenen Schlitzen. Ist aber die Not des Einzelhandels groß, so ist die Not des Volkes unermesslich. Was aber würde der Einzelhandel und seine Presse sagen, wenn auch das Volk in diesen schweren Wochen und Tagen „Schluß“ gemacht und gestreikt hätte? Obgleich der Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche Wert darauf mitzuteilen, daß er seine Mitglieder ermahnt habe, ihr Geschäft offenzuhalten.

Armenspende durch Laubentkolonisten.

Vom Wohlfahrtsamt Treptow war bei den sehr zahlreichen Laubentkolonisten des Bezirks angefragt worden, von der diesjährigen Ernte den bedürftigsten Familien und Alleinstehenden eine Spende zukommen zu lassen. In hoch anerkennender Weise haben sich fast alle Kolonisten hierzu sofort bereit erklärt. Die große Laubentkolonie am Heidekampweg hat sogar noch eine Million bar gestiftet. Es sind etwa 400 der Bedürftigsten ausgewählt und auf die einzelnen gebührenden Kolonien verteilt worden. Am nächsten Sonntag, den 12. August, werden sie zu bestimmter Stunde mit Körben, Säcken und Mägelchen anrücken, um heimzujohlen, was die Kleinrentenpächter von ihrem Wenigen herzlich gern geben, und dabei wohl auch noch mancher Jehntausender abfallen. Dieses schöne Beispiel, das die jetzt riesig in Anspruch genommenen Wohlfahrtsämter etwas entlastet, sollte allgemein Nachahmung finden. Durch die amtliche Mitwirkung hat man ja die Gewähr, daß nichts in unrechte Hände kommt.

Haarschneiden 50 000 Mark.

Es hört sich gefährlich an, ist für sehr viele eine große Ausgabe und ist dennoch nicht viel. Ein Pfund Birnen kostet schon mehr. Das Billigste beim Barbier ist noch Barbiereiden mit 6000 M. und Rasieren mit 9000 M. Die Unkosten der Barbier sind besonders hoch in der Wäsche, die immer lauer sein soll, um die Kundschafft nicht zu vergraulen. Und die Preise für Kosmetika und Seife sind enorm hoch. Noch vor Weihnachten werden wir wohl unsere überflüssigen Haare nur für einen Hunderttausender loswerden. Unter der Not der Zeit sind viele Väter und Mütter dazu übergegangen, zum mindesten den Kindern die Haare selber zu schneiden.

Beim vierten Einbruch auf derselben Stelle ercappt und festgenommen wurde ein 46 Jahre alter Bäcker Paul Schulte aus der Reuen Jakobstraße. Bei der Genossenschaftsbäckerei in der Urbanstraße 70 war schon dreimal eingedrungen und jedesmal Mehl gestohlen worden. Der Geschäftsführer legte sich nun auf die Lauer, verfolgte den Dieb, der wieder 60 Pfund Mehl mitgenommen hatte, und ließ ihn am Hermannplatz von Beamten der Schutzpolizei festnehmen. Es war Schulte, der dann auch einräumte, schon dreimal zur Nachzeit die Bäckerei mit einem Nachschlüssel besucht zu haben. Er behauptete, daß er aus Not gehandelt habe.

Rechtsanwalt Oscar Cassel, der früher im Preussischen Landtag und viele Jahre in der Berliner Stadtverordnetenversammlung saß, ist gestorben. Als er aus der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1921 ausschied, war er ihr dienstältester Mitglied; seit 1889 hatte er ihr ununterbrochen angehört. Die alte Stadtverordnetenversammlung, in der er ein Führer der Liberalen war, machte ihn 1913 zum Ehrenbürger der Stadt Berlin. Cassel war seit Jahren schwer leidend und mußte infolge der Zuckerkrankheit noch als ein Siebenziger die Amputation eines Beines über sich ergehen lassen. Er hat ein Alter von 74 Jahren erreicht.

Beginn der Fliegertagung in der Rhön. Am Freitag begann, wie vorausgesehen, bei schönem Wetter der Vornettbewerb des Berliner Rhön-Segelflugwettbewerb 3. bis 31. August mit einigen Probeflügen neu montierter Maschinen, darunter der erst siebenjährige Schuler T. Kiebel, der bereits am ersten Rhön-Segelflugwettbewerb teilnahm. Leider herrschte seit mittags 11,30 Uhr starker Regen und Nebel.

Das Fest der Hübneren Hochzeit begann heute das Ehepaar Robert Groh, Stralauer Allee 17b. Genosse Groh ist seit März 1914 Redakteur der Zeitschrift „Der Sachgenosse“ des Zentralverbandes der Glasarbeiter Deutschlands.

Weiter für morgen.

Berlin u. Umgegend. Etwas Abler, zeitweise better, jedoch überwiegend demütigt, mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Beitragsmarken für August sind durch die plötzlichen großen Anforderungen vergriffen. — Sobald neue Marken eingetroffen sind, wird es an dieser Stelle mitgeteilt werden.

A. A.: Alex. Bagels.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Abteilungspräsident: Seute, Mittwoh, von 6 bis 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3. Verkauf von Posten zur Versteigerung. Der Stück 15 000. — M. Schwarzgoldenes Band 1 Meter 24 000 M.

	8. August		7. August	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs
1 holländisch. Gulden	1895250.	1004750.	1296750.	1803250.
1 argentin. Papier-Peso	1366000.	1604000.	1047375.	1052825.
1 belgischer Franc	215480.	216516.	149625.	150375.
1 norwegische Krone	778050.	781950.	528875.	531325.
1 dänische Krone	881700.	888210.	598500.	601500.
1 schwedische Krone	1276800.	1283300.	872812,50	877187,50
1 russische Mark	184662.	185888.	90772.	91228.
1 japanischer Yen	2394000.	2406000.	1596000.	1604000.
1 italienische Lire	207490.	208390.	141645.	142355.
1 Pfund Sterling	21945000.	22055000.	1496300.	15087500.
1 Dollar	1847850.	1872150.	3291750.	3308250.
1 französischer Franc	275810.	276890.	189325.	190475.
1 brasilianischer Milreis	483788.	486212.	338656.	339344.
1 Schweizer Franc	687825.	672175.	592515.	595485.
1 spanische Peseta	673812,50	676887,50	402840.	405160.
100 österr. Kronen (gezt.)	6932,50	7017,50	4638.	4712.
1 tschechische Krone	149825.	150375.	99750.	1002500.
1 ungarische Krone	24987.	25088.	187.	188,47.
1 bulgarische Dena	44857.	45118.	28925.	30075.
1 jugoslawischer Dinar	51670.	52180.	34912,50	35087,50

Gewerkschaftsbewegung

Kurzarbeiter und Arbeitsvermittlung.

Ein Kurzarbeiter schreibt uns: Die Kurzarbeiter müssen bei eintretender Arbeitslosigkeit bei der Arbeitsvermittlung insofern bevorzugt werden, als ihnen bei nur dreitägiger Arbeit in der Woche bei der Arbeitslosenmeldung auf dem Arbeitsnachweis ein Vorteil der Kurzarbeit angedreht wird, so daß einem Halbtagsarbeiter nach vier Wochen eine Woche anzurechnen ist.

Ich arbeite z. B. schon über ein halbes Jahr verkürzt und möchte mir gerne andere Beschäftigung durch den Arbeitsnachweis suchen. Ich kann nicht „freiwillig“ aufhören, da ich dann keine Unterstützung erhalte. Wenn man den Kurzarbeitern diese Vergünstigung zugestünde, könnte ich mich wenigstens nach einjähriger Kurzarbeit auf dem Arbeitsnachweis melden und ohne lange Wartezeit auf Vermittlung einer anderen Stellung rechnen. Man könnte diese Vergünstigung auch auf die Verheirateten beschränken.

Eine „Bergünstigung“ wäre es in Wirklichkeit nicht. Denn nach längerer Kurzarbeit folgt ohnehin die Entlassung. Der Kurzarbeiter ist dann viel älter als diejenigen Arbeitslosen, die bis zu ihrer Entlassung voll gearbeitet haben. Es wäre nur eine „Wiedergutmachung“. Der Zusatz für Kurzarbeiter hat in dieser Zeit rasender Geldentwertung nicht mehr viel Wert. Und bevor man das Geld bekommt, hat es seinen Nennwert zu neun Zehnteln verloren.

Es ist zweifellos, derartige Anregungen in Form eines begründeten Antrages an die Ortsverwaltung seiner Organisation zu richten. Die Ortsverwaltung ist am besten in der Lage, solche Wünsche ihrer Mitglieder auf ihre Berechtigung und Durchführbarkeit hin zu prüfen, um dann entweder in Verbindung mit den übrigen örtlichen Gewerkschaften durch die Berliner Gewerkschaftskommission oder aber durch einen entsprechenden Antrag an die Hauptverwaltung eine Stellungnahme des Bundesauschusses des ADGB herbeizuführen. Nur dann finden solche Wünsche die gehörige Beachtung.

Der Streit um die Befähigungszulage.

In einer kleinen Anfrage einiger Landtagsabgeordneter wurde am einen Beschluß des Landtags vom 24. November v. J. erinnert, nach dem die vom Reich nicht getragenen 20 Proz. der Befähigungszulage auf die Staatskasse übernommen werden sollten. Im Hinblick auf die finanzielle Notlage der Gemeinden wurde das Staatsministerium gefragt, wann der bisher noch nicht ausgeführte Antrag zur Ausführung gelangen würde. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der Finanzminister die Anfrage folgendermaßen:

„Nachdem bereits mehrfach Anlaß genommen worden ist, das Reich zur Übernahme der bisher von ihm nicht getragenen 20 Proz. der Befähigungszulage zu veranlassen, der Herr Reichsminister der Finanzen sich jedoch bisher geweigert hat, diesem Ansuchen zu entsprechen, ist seitens des Staatsministeriums unterm 9. Juni dieses Jahres in dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes eingebracht worden, in dem die Erstattung der Wirtschaftsbefähigungszulagen durch das Reich in vollem Umfange vorgesehen ist. Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom 28. Juni d. J. dem Gesetzentwurf zugestimmt. Im Reichstag ist das Gesetz bisher noch nicht verabschiedet.“

Ausperrung in der Marmorbranche.

In dieser Branche wurden bisher stets die Löhne der Bauarbeiter anerkannt, insofern sogar darüber hinaus gezahlt. Die Verhandlungen über den Lohn für die Woche vom 30. Juli bis 4. August scheiterten daran, daß die Unternehmer nicht mehr als 53 000 M. Spitzenlohn zahlen wollten. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe verhandelten nunmehr mit ihren Firmen. Da auch diese Verhandlungen ergebnislos blieben, kam es in zwei der größten Betriebe zur Arbeitseinstellung. Die Unternehmer drohten mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter für den Fall, daß die Streikenden die Arbeit nicht bei 53 000 M. Spitzenlohn wieder aufnehmen. Die Streikenden lehnten dies ab, worauf die Unternehmer am Sonnabend die gesamte Arbeiterschaft der Marmorbranche aussperrten.

Wertbeständige Arbeitgeberbeiträge.

Nach dem Werkzeugbund in Remscheid, dessen Dossarbeiträge wir in Nr. 348 des „Vorwärts“ mitteilen, können wir heute die Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwarengeschäfte G. B. Berlin, vorstellen. Sie erludte ihre Mitglieder unterm 26. Juli um umgehende Uebernahme des Mitgliedsbeitrages für August, September und Oktober 1923 im Betrage von

50 Schweizer Franken, zahlbar in Mark, bis zum 5. August zum Berliner Briefkurs vom 31. Juli. Dabei wird auf den Beschluß hingewiesen, demzufolge diejenigen, die den angeforderten Betrag nicht bis zum 15. August gezahlt haben, verpflichtet sind, einen Zuschlag von 20 Proz., also 60 Schweizer Franken, zu entrichten. Bei Zahlung nach dem 5. bzw. 15. August ist der Kurs des Zahlungstages maßgebend.

Wir sehen hier bereits Ordnung! Bei den Gewerkschaften wäre es Terror! Die letzten Arbeitgeber taufen in Edelsteinen ein, verkaufen zu entsprechenden Preisen, zahlen wertbeständige Mitgliedsbeiträge, alles als ganz selbstverständlich. Ebenso „selbstverständlich“ aber speisen sie die Arbeitnehmer nach wie vor mit Papiermarktlöhnen ab.

Die Arbeitnehmer sollten sich das merken, aber auch bezüglich der Beitragsleistung an ihre Organisationen die nötige Schlussfolgerung ziehen, d. h. wenigstens die Papiermarktbeiträge pünktlich zahlen.

Urabstimmung der Glasarbeiter.

Die Generalversammlung des Verbandes in Weismesser hat trotz der Warnung des Hauptvorstandes beschlossen, das demokratische Prinzip, bezüglich der Vertretung der Verbandsmitglieder auf den

folgenden Generalversammlungen, zu überreichen. Auf je 150 bis 500 Mitglieder soll ein Delegierter kommen, so daß die bevorstehende Generalversammlung mit etwa 220 Delegierten bei etwa 90 000 Mitgliedern zu rechnen hat.

Da die Kosten für einen Verbandstag mit etwa 220 Teilnehmern nicht gering sind, hat der Hauptvorstand den Mitgliedern die Fragen zur Urabstimmung unterbreitet, ob ein „großer Verbandstag mit drei Sitztagungen“, oder aber ein „kleiner Verbandstag mit einem Sitztagung“ abgehalten werden soll. Der „kleine“ Verbandstag würde statt 220 nur etwa 40 bis 60 Delegierte umfassen. Die Urabstimmung erfolgt in der Zeit vom 19. bis 25. August.

Die Unfallrente.

Aus Spremberg wird uns folgender Fall berichtet: Frau Witwe D in W., 55 Jahre alt, bezieht eine von der Glasberufsgenossenschaft festgesetzte Unfallrente im Jahresbetrage von 82,20 Mark. Welt unter 88 1/2 Proz. erwerbsbeschränkt, erhält sie keine Zulage. Im benachteiligtenwiederkehrenden Glaserien mit der Abholung des Monatsbetrages von der Post zu entgehen, hat die Witwe bei der Glasberufsgenossenschaft den Antrag auf Kapitalabfindung gestellt. Diese „Wohltat“ kann ihr aber erst nach Anhörung des zuständigen Versicherungsamts zuteil werden. (§ 616 A.D.). Innerlich widerstrebend hat das Versicherungsamt die Zustimmung gegeben, weil es im Wünsche der Frau lag. Was erhält sie nun für eine Kapitalabfindungsumme? Nach der Gesamtsumme der Reichsrenten vom 21. Dezember 1913 kann sie das 6,40fache der obengenannten Jahresrente von 82,20 M. = 526,08 M. erhalten. Wie die Berufsgenossenschaft mitteilt, ist dieser Betrag jedoch „infolge der jetzt herrschenden Teuerung“ auf 15 000 M. „erhöht“ worden. — Ein Brot auf Marken kostet augenblicklich 16 000 Mark in Berlin. In Spremberg hoffentlich nur 1500 M.

Die Werkmeister der Schuhindustrie.

In Burg bei Magdeburg hielt der Werkmeisterverband der Schuhindustrie, dem die technischen Angestellten der Schuh- und Schäfteindustrie nahezu vollständig angehören, vom 28. bis 30. Juli seinen Verbandstag ab. Der Geschäftsbericht, dem Verbandsvorsitzenden John und dem Geschäftsführer Pfeiffer erstattet, ergab ein erfreuliches Bild von der organisatorischen Arbeit im Laufe des letzten Jahres. Die Mitgliederzahl hat sich durch Zugang von 1508 Mitgliedern auf 3779 erhöht. Die Zahl der Bezirksvereine beträgt 76; neu gegründet wurden 16. Für 70 der 76 Bezirksvereine wurden die Gehälter tariflich geregelt. Den Bericht des Verbandsauschusses erstattete Fahl. Wesentliche Beanstandungen oder Beschwerden gegen die Geschäftsleitung und den Vorstand lagen nicht vor. Gegenstand der Diskussion war insbesondere die Frage der Wertbeständigkeit des Einkommens. Die Beiträge sowohl als auch die Unterstützungssätze wurden durch ein besonderes System wertbeständig gemacht. Der neue Vorstand wird gebildet aus John, Fahl, erler, Bauer-Offenbach, zweiter Vorsitzender, Schürmann-Bermelstirchen und Höpfer-Birmahns Schriftführer. Vorsitzender des Verbandsauschusses blieb Fahl-Kornwestheim. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Kornwestheim bei Stuttgart gewählt.

U.C.B. Henningsdorf. Die Streikleitung teilt uns mit, daß heute früh beschlossen wurde, die Arbeit morgen Donnerstag früh wieder aufzunehmen.

Erklärung. Die „Rote Fahne“ brachte am 4. August einen Bericht über die Versammlung der Berliner Bauarbeiter vom 2. August. In diesem Bericht wird u. a. die Behauptung aufgestellt, ich habe auf die Forderung einer Betriebsdelegation nach zweimaliger Lohnanzahlung erklärt: „Zweimal Lohn zahlen ist unnötig; es würde dadurch nur erreicht, daß die Bauarbeiter dann zweimal in der Woche befallen sind.“

Diese Behauptung ist einem zusammenhängenden Gespräch entnommen und wird mir als Person nicht angeht. Es wird damit nur der Zweck verfolgt, die Mitglieder gegen ihre Führer aufzubehnen. U. Falkenberg.

Im Lugan-Ostlicher Kohlenrevier ist die alte Streikleitung abgesetzt und eine neue gewählt worden. Diese hat die früher aufgestellten Forderungen erhöht. Sie verlangt eine einmalige Wirtschaftsbefähigung in Höhe von 4 Millionen, für Verheiratete ohne Kinder 4,5 Millionen und für Verheiratete mit Kindern 5 Millionen Mark.

Karl Klabitzsch u. G. Heiberges St. 2. Arbeitsaufnahme morgen, Donnerstag, sonnigtags 7 Uhr. Der Arbeiterrat.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Parteioptionen.

Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins München beschäftigten sich mit der kritischen Lage der Regierung Cuno und mit der Haltung, die die Sozialdemokratie dieser Regierung gegenüber einzunehmen habe. Das Referat erstattete die Reichstagsabgeordnete Pivell, deren Ausführungen vom Genossen Unterleitner noch ergänzt wurden. Sie gaben Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und über die an Cuno zu stellenden Forderungen. Beide verurteilten in scharfen Worten die Weimarer Sonderkonferenz. Eine nicht sehr starke Minderheit verlangte in einer Resolution, daß die Forderungen der Reichstagsfraktion klarer und eindeutiger präzisiert werden müßten, als dies bisher geschehen sei. Gefordert wurde: 1. Mobilisierung von einem Drittel des deutschen Sachvermögens für Zwecke des Staates, 2. eine verbindende amtliche Beurteilung der Sabotageakte im Ruhrgebiet und 3. sofortiges Erlauchen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund. Die große Mehrheit der Funktionäre stellte sich nicht auf den Boden dieser Resolution, sondern billigte im allgemeinen die Forde-

rungen, die die Fraktion an die Regierung Cuno gerichtet hat, betonte aber, daß die in dem bekannten Fraktionsbeschlusse niedergelegten Richtlinien bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden müssen. Dies in der obgeleiteten Resolution erhobenen Forderungen wurden den Münchener Vertretern im Reichstag als Anregung übergeben mit dem Wunsch, wenn die politische Lage es verlangt, im Sinne dieser Anregungen zu wirken. Ferner sprach die Versammlung aus, daß die Münchener Parteioptionen mit den Sonderbestrebungen, wie sie in Weimar zutage getreten sind, nichts gemein haben will, sondern vertrauensvoll hinter der Reichstagsfraktion steht.

Die Darmstädter Parteioptionen nahmen ebenfalls zu der Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber dem Kabinett Cuno Stellung. Die oppositionelle Resolution Dussel, die erklärt, daß die Forderungen der Minderheit den Wünschen und Gefühlen der breiten Volksmassen am besten entsprechen, wenn auch die ersten Samengründe der Fraktionsmehrheit zu würdigen seien, wurde mit 93 gegen 48 Stimmen angenommen. Damit war die von dem Genossen Dr. David beantragte Resolution abgelehnt, die uneingeschränkt die Haltung der Mehrheit der Fraktion billigt. Auch eine vermittelnde Resolution fiel.

Die „Neue Deutsche Zeitung“ in Buenos-Aires hat ihren Unterstitel „Deutsch-republikanisches Organ für die La-Plata-Staaten“ in „Sozialistisches Organ“ ufm. geändert; sie dient allen sozialistischen Richtungen — die dort das Trennende vermeiden —, wie uns scheint, auch den Kommunisten. In der neuesten Nummer finden wir auch die Anregung eines Neuwanderer- und Arbeiterkurses für Spanien einzurichten, die Kurse im Deutschen Vereinshaus könne man nicht besuchen, weil dort eine Sippskaffe mit schwarzweißerer Fahne sitze.

Wirtschaft

Die Lebenshaltung im Durchschnitt des Juli.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juli auf 37 651 gegenüber 7650 im Durchschnitt des Vormonats (1913/14 gleich 1); die Steigerung beträgt somit 392,2 Proz.

Die Lebenshaltungskosten ohne die Bekleidung sind auf das 33 300fache, die Ernährungskosten allein auf das 46 510fache, die Bekleidungskosten auf das 66 458fache der Vorkriegszeit gestiegen.

Ende Juli (30.) hatten die Gesamtlebenshaltungskosten, wie bereits veröffentlicht, schon das 71 476fache der Vorkriegszeit erreicht.

Schwierigkeiten der russischen Getreideausfuhr. Zwischen Deutschland und Rußland besteht bekanntlich ein Vertrag auf Lieferung von russischem Getreide, der für die deutsche Getreideversorgung von großer Wichtigkeit ist. Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft der russischen Regierung, Getreide zu liefern, sind bei dem Export noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Eine von der in Moskau soeben abgehaltenen Konferenz des Bärenhandels gefasste Resolution bezeichnet die Ausfuhr des russischen Getreideexportes trotz der ungünstigen Weltmarktconjunction für Getreide als günstig unter der Voraussetzung, daß die niedrigen Getreidepreise im Inlande keine wesentliche Erhöhung erfahren und das Getreide durch die südlichen, zu den Ueberseehäfen näheren Häfen geleitet werde. Gleichzeitig verlangt die Resolution die Einhaltung der bei der problematischen Frühjahrsausfuhr durchgeführten hohen Qualitätsniveaus des Exportgetreides durch ein strenges Standardsystem sowie die Verminderung der zahlreichen Unkosten des Getreidehandels, vor allem der Gewerbesteuer und der Tarife der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt, welche, in Höhe umgerechnet, besonders für kürzere Strecken wesentlich höher als vor dem Kriege seien. In der Debatte wurde u. a. darauf hingewiesen, daß der Zustand des Marienkanalsystems die Zufuhr von größeren Getreidemengen nach Petersburg auf dem Wasserwege erschwere. Die Herabsetzung der Umkehrtarife vom Finanzkommissariat bereits in Aussicht gestellt. Im Anschluß an die Bärenhandelskonferenz fand eine außerordentliche Tagung der Tarifkonferenz beim Verkehrsminister statt, die als bedeutende Instanz für Verkehrsfragen fungiert. Die Vertreter der staatlichen Organe für Getreidehandel und Getreideausfuhr machten geltend, daß die verschiedenen Transport- und Steuerungskosten beim Transport nach Hamburg 57 bis 62 Prozent des Wertes des Getreides betragen und die Selbstkosten über die Hamburger Getreidepreise vom 1. Juli steigen. Die Vertreter der genannten Organe verlangten daher eine Herabsetzung der Tarife für Getreidetransporte, und zwar um 25 Prozent im Eisenbahntariff. Die Vertreter des Verkehrsministeriums wiesen demgegenüber auf die Möglichkeit hin, die Unkosten durch Kürzung der Besteuerung durch den Staat und die lokalen Behörden sowie der von den Handelsvertretungen im Auslande erhobenen Gebühren herabzusetzen und erklärten, das Finanzkommissariat habe sich gewiegert, die Forderungen des Transportwesens durch weitere Zuschüsse zu decken. Daraufhin wurde eine Herabsetzung der Tarife mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Das Außenhandelskommissariat hat den Antrag von 3 Millionen Getreidebälen für den Transport von Exportgetreide im Auslande angeregt, da infolge des Zustandes des Wagenparkes der Eisenbahnen ein Teil des Exportgetreides nur in Säcken transportiert werden könne.

Verantwortlich für Politik: Helmut Schell, Berlin; Wirtschaft: Felix Götter, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götter, Berlin; Freilicht: R. S. Köpfer, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Walter Eulen, Pankow; Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichterfeld.
Durch die Verordnung des Reichsversicherungsamtes vom 21. Juli 1923 ist die Ortskrankenkasse des Gesundheitsbezirks ab 1. August 1923 auf 240 000 M. für den Kalenderjahr heraufgesetzt worden. Demzufolge setzen ab 1. August 1923 folgende Gesundheitszustände Grundbeiträge und Beiträge:

Stufe des Rollenbeitrags	Grundbeitrag	Beitrag
A. Beiträge ohne Entgelt	150,0	1 200
II. bis 240 000 M.	15 000	1 800
III. 24 000	45 000	2 250
IV. 48 000	75 000	2 700
V. 72 000	105 000	3 150
VI. 96 000	135 000	3 600
VII. 120 000	165 000	4 050
VIII. 144 000	195 000	4 500
IX. 168 000	225 000	4 950
X. 192 000	255 000	5 400
XI. 216 000	285 000	5 850

Die Beiträge nach den neuen Gesundheitszuständen treten am 1. September 1923 in Kraft.

Die Herren Arbeitgeber werden hierdurch aufgerufen, bis zur die Klassenbeiträge entsprechenden Umstellungen innerhalb der gesetzlichen Frist einzuzahlen.

Die am 2. August 1923 bekanntgemachten Beitragsentlastungen für die Zeit vom 1. August 1923 ab wird, da unzulässig, hierdurch aufgehoben.

Berlin-Lichterfeld, den 6. August 1923.

Der Vorstand.
G. Ewald, Vorsitzender.
H. Gansberg, Schriftführer.

Vorher entseilt, verbittert und trant **Nachher** gesund, fröhlich und stark

Allen wird Hilfe durch unser bewährtes **Thalysia-Rosett- und Leibbinden-Reform-System.**

Es hat viele Tausende von beschämenden Entstellungen und von Schmerzen erlitten, von verzweifelten Zuständen und Beschwerden wieder freigemacht. Bei Normalen und Schwachen erhebt es Schamheit, Dickigkeit, Bogenlinien, Krampfzähl und Lebenslust. Draußen frei.

Drucksalbum 1922/23 z. St. 1100 Mark.

Reformhaus Thalysia Paul Garns b. D.
Berlin, Wilhelmstr. 37. **Reichenau, Rheinf. 34.**
Sohnig, Neumarkt 40; Dresden, Schillerstr. 18; München, Marienplatz 28.

Anzüge Paletots Hosen fertig und nach Maß **Gummimäntel** Manchester - Loden Knaben - Garderob. Wäsche, Hüte **Gute Waren Billige Preise** Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung in kleinen Raten **G. Prager** Brunnenstraße 81 1. u. 2. Etage, 1. Stock

Gardinen Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten **Stark, Zeitliches Modern- und Klassengardinen.** Spezial-Servicezeit **Konkallin, Burgstr. 57** am Ringbahnhof.

Wanzen Meiten, Läuse samt Brut kann jed. Läuse in 3 Std. durch apparatloses Links selbst radikal beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien. Generalvertreter: **Friedrichstraße 24.**

Kleingärtner Siedler u. Pächter erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den **Kommentar von DR. ED. DAVID** **Die Siedlungs-gesetzgebung** einschließlich Heimstätten-gesetz, Kleingarten- und Pacht-schutzordnung **Preis-Grundzahl geb. M. 1,- brosch. M. 0,60** **Buchhandl. Vorwärts** Berlin SW 68, Lindenstr. 3